

Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3A Telefon und Fax 04 21/66 57 24

www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung 2012

Zeit: Mittwoch, 12. Dezember 2012, 15.30 h bis 18.15 h

Tagungsort: **Forum Kirche**, Hollerallee 75, 28209 Bremen

8 Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Teilnahmeliste ist beigelegt (Anlage 1)

Etlliche Absagen und Grüße wegen Verhinderung aus gesundheitlichen Gründen oder Abwesenheit.

Zur jährlichen Mitgliederversammlung begrüßt der Vorsitzende, Ludwig Baumann, die Anwesenden. Er dankt insbesondere den aus der Ferne Angereisten für ihre Teilnahme. Er schlägt vor, dass Günter Knebel durch die Tagesordnung moderiert. Der Vorschlag findet das Einvernehmen der Versammlung, das Angebot zur Protokollführung durch den Moderator ebenfalls.

Top 1: Regularien

Zur Versammlung wurde rechtzeitig eingeladen. Mehr als 10% der Mitglieder sind erschienen; nach § 9 Abs. 2 der Satzung ist die Mitgliederversammlung damit beschlussfähig. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird um wenige Punkte ergänzt und angenommen, die Ergebnisniederschrift der Versammlung vom 14.12.2011 wird genehmigt.

Top 2: Bericht des Vorsitzenden über die Vorstandsarbeit 2009 - 2012

Ludwig Baumann weist auf die schriftlichen Informationen hin, mit denen die Vereinsmitglieder über viele seiner Aktivitäten in der ablaufenden Wahlperiode des Vorstands mindestens zweimal pro Jahr informiert worden sind. Auf einen Rückblick auf die Jahre 2010 und 2011 wird verzichtet; stattdessen werden Schwerpunkte der Vorstandsarbeit 2012 eingehend erörtert.

Für Ludwig steht das Engagement für ein Deserteursdenkmal in Hamburg im Vordergrund, das er seit Anfang dieses Jahres eng begleitet hat. Im Nachgang zu dem einstimmigen Bürgerschaftsbeschluss im Juni 2012, in Hamburg einen Erinnerungsort für die Opfer der Wehrmachtjustiz zu gestalten, ist im September ein Beirat von Sachverständigen berufen worden, der Gestaltungsvorschläge für die Bürgerschaft entwickeln soll. Er gehört diesem Beirat an, der im November zum zweiten Mal getagt hat. Jüngst sind den Beiratsmitgliedern sehr bemerkenswerte Anregungen von Schülerinnen und Schülern der Ida-Ehre-Schule zugeleitet worden. Ludwig verbindet mit diesem Impuls die Hoffnung, dass dieser Stimme junger Menschen gebührendes Gewicht in der weiteren Beratung zugemessen wird. Detlef Garbe weist auf eine Veröffentlichung hin, die in Kürze von der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung mit dem Arbeitstitel „Wehrmachtjustiz und Höltingbaum“ verteilt werden soll, um das Vorhaben ebenfalls zu fördern. Er selbst sieht die Beratungen auf einem guten Weg und geht davon aus, dass der vereinbarte Zeitplan eingehalten wird, den Gedenkort zum 1. September 2014 zu realisieren.

Eingehend erörtert wird das Thema >Gesetz für einen Bundeswehr-Gerichtsstand<, das Ende März 2012 vom Bundeskabinett beschlossen und nach dessen ursprünglicher Planung bereits vor der Sommerpause des Bundestages vom Parlament und der Länderkammer verabschiedet werden sollte. Die von der Bundesvereinigung im Nachgang zur Mitgliederversammlung 2011 initiierte Kritik an der Vorbereitung einer neuen Militärjustiz in Deutschland hat zwar nicht die gewünschte breite Öffentlichkeit erreicht, aber doch eine interessierte Fachöffentlichkeit und - als parlamentarische Resonanz - die Durchführung einer öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages. Auch wenn die dort ausführlich geäußerte sachlich-fachliche Kritik an dem Regierungsgesetz dessen anschließende Annahme mit Regierungsmehrheit nicht verhindert hat, so kann doch die Ablehnung durch alle Oppositionsfraktionen als Erfolg bewertet werden. Einmütiges Resümee der Versammlung: Der neue Gerichtsstand in Kempten wird nicht so „rasch und klammheimlich“ wie beabsichtigt eingerichtet werden. Nach dessen Etablierung dürfte er kritischer Beobachtung sicher sein, worauf aber auch weiter hinzuwirken bleibt.

- 2 -

Vorsitzender:
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wettc, Freiburg

Top 2: (Fortsetzung des Berichts über die Vorstandsarbeit)

Zum >23. August als Gedenktag< führt Rolf Surmann ein. Für die Bundesvereinigung ist der Zugang zu diesem Thema in Auseinandersetzung mit der Sächsischen Gedenkstättenpolitik entstanden. In einem europäischen Kontext versuchen politisch interessierte Kreise das tradierte Geschichtsbild und die Erinnerungspolitik, die eine differenzierende Unterscheidung und Aufarbeitung von Gewaltpotentialen und -opfern verschiedener Zeiträume verlangt, umzuformen. (Ausführlich dazu: R. Surmann, Chiffre 23. August, Artikel in Heft 8/2012 der Zeitschrift >konkret<. Siehe BV-Homepage unter >Stellungnahmen< oder >Schwerpunktthemen<, dort unter Nr. 6 mit weiteren Dokumenten zum Thema.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) ist bereits vor einiger Zeit einer Europäischen Plattform beigetreten, die unter dem Titel „Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas“ den 23. August zum „Gedenktag für Opfer totalitärer und autoritärer Regime machen“, die Vernetzung entsprechender nationaler historischer Forschung in den Mitgliedsstaaten der EU fördern und ein zentrales Dokumentationszentrum in Brüssel einrichten will.

Dieser Beitritt, sowie die Mitarbeit des StSG-Geschäftsführers an führender Stelle der Plattform, sind ohne jede Beratung oder Zustimmung der Stiftungsgremien erfolgt. Im Einvernehmen mit Ludwig Baumann hat Rolf Surmann diesen Sachverhalt in der jüngsten Sitzung des Gedenkstättenbeirats am 3.12. 2012 in Dresden problematisiert. Mit dem - mündlich begründet - geforderten Austritt aus dieser Plattform sind nun der Beirat und weitere Stiftungsgremien zur Stellungnahme aufgefordert. - Nach eingehender Diskussion zur Bedeutung und zum Stellenwert dieser Initiative, die organisatorisch und materiell von mehreren osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU unterstützt wird, dankt die Mitgliederversammlung (MV) Rolf Surmann für sein Engagement in dieser Angelegenheit. Im Mai 2012 hatte dazu Ludwig Baumann in einer Stellungnahme erklärt: „*Wir wünschen den Opfern des Stalinismus einen würdigen Gedenktag, meinen allerdings, dass ein Europäischer Gedenktag zum 23. August Europa eher spalten wird.*“ In diesem Sinne begrüßt die MV die von Rolf Surmann im StSG-Beirat eingebrachte Position, trägt sie mit und wird ihr weiteren Nachdruck verleihen, soweit dies nötig erscheint.

Top 3: Information zum Stand der Erinnerungsarbeit: Gedenkort für Opfer der NS-Militärjustiz

Torgau: - Pläne zur Umgestaltung der Ausstellung in Schloss Hartenfels sind nach wie vor in Beratung der Stiftungsgremien, auch Fragen der Finanzierung wie auch der Projektleitung für den Ausstellungsteil zu den Opfern der Wehrmachtjustiz sind offen: Weil weder ausgearbeitete Pläne für eine große oder kleine Lösung finanzierbar sind, ist von einer „Übergangslösung“ die Rede, über deren Inhalt eine „Sondertagung“ in der 1. Hälfte des Jahres 2013 Auskunft geben soll. L. Baumann und R. Surmann halten die Kontakte.

Wanderausstellung Wehrmachtjustiz: Derzeit ist die Ausstellung „Was damals Recht war“ in der KZ-Gedenkstätte Esterwegen zu sehen, Ende Januar 2013 wird sie in Buchenwald eröffnet. Ludwig Baumann war Ende Oktober zu einer mit ca. 120 Teilnehmer/innen sehr gut besuchten Veranstaltung in Esterwegen. An der Eröffnung der Ausstellung in Buchenwald wird er mitwirken; sie wird in Verbindung mit der Gedenkveranstaltung des Thüringer Landtags am 27. Januar eröffnet.

Esterwegen: Peter Fischer, der dem Beirat der Gedenkstätte angehört, berichtet von der positiven Bilanz, die die Gedenkstätte seit der Eröffnung am 31.10.2011 gefunden hat. Die Gremien und die Leitung der Gedenkstätte sind mit den Besucherzahlen, rd. 32.000 und - trotz personeller Engpässe - über 430 Führungen, bisher sehr zufrieden. Das Bemühen um landes- und bundesweite Resonanz dieser Gedenkstätte und deren Erinnerungsarbeit soll in naher Zukunft durch neue Begleitmaterialien zur Ausstellung verstärkt werden. Die Materialien sollen in mehreren Sprachen erscheinen und die verschiedenen Ausstellungsebenen und -aspekte berücksichtigen.

Halbe und Sachsenhausen: Ludwig ist im Gespräch mit Prof. Morsch, Direktor der Stiftung brandenburgische Gedenkstätten. Während ein konkreter Gedenkort im Waldfriedhof Halbe noch offen ist, wird die Setzung eines Gedenksteins mit einer Gedenktafel für die Opfer der

Wehrmachtjustiz in Sachsenhausen vorbereitet und – voraussichtlich – am 8. Mai 2013 stattfinden können. Kontakt: Ludwig Baumann und Peter Fischer.

Hamburg: Die unter Top 2 genannten Informationen ergänzt Detlef Garbe, wobei er insbesondere die nicht zu überschätzende Bedeutung Ludwigs Baumanns als „Sprachrohr“ der Opfer der NS-Militärjustiz hervorhebt. Diese politische Wirkung über die Parteigrenzen hinweg sei enorm und habe die Arbeit des breiten Bündnisses für ein Deserteursdenkmal in Hamburg sehr gefördert, die angestrebte überfraktionelle Lösung herbeizuführen. Auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik, die ab 25. Januar 2013 in einer Ausstellung im Hamburger Rathaus präsentiert wird, hat Bemerkenswertes hervorgebracht und liegt im „Zeitplan“.

Hannover: Die Situation in Hannover ist schwierig. Dort soll ein „altes, aussagekräftiges“ Deserteursdenkmal an zentraler Stelle beseitigt und – lt. Diskussion im Kulturausschuss der Stadt - durch ein „neues, vieldeutiges“ Denkmal auf einem städtischen Friedhof ersetzt werden. Eine Anfrage von friedensbewegten Mitstreitern an die Bundesvereinigung, durch einen Brief an den OB auf wesentliche Kriterien für eine würdige Erinnerung an Opfer der Wehrmachtjustiz aufmerksam zu machen, wird in Aussicht gestellt. Kontakt: Detlef Garbe.

Potsdam: Zur Gedenkstätte „Lindenstraße 54“ hat die Bundesvereinigung im Rahmen einer Anhörung im Juni 2012 schriftlich Stellung genommen. Zusammen mit anderen Organisationen und Verbänden von NS-Opfern wurde entschieden für eine differenzierte und gesonderte Darstellung des Gedenkens an NS-Opfer plädiert, das in Konzept und Umsetzung der Gedenkstättenarbeit zum Ausdruck kommen müsse. Letzteres wurde zwar seitens des Potsdamer Oberbürgermeisters wie auch von der - für die spezielle Aufarbeitung der NS-Zeit eigens neu eingestellten - Kuratorin in Aussicht gestellt, allerdings bis heute nicht konkretisiert. Da die Bundesvereinigung vor Ort nicht unmittelbar tätig werden kann, bleibt sie in Verbindung mit anderen brandenburgischen NS-Opfergruppen und deren Fürsprechern im Rat der Landeshauptstadt, um der befürchteten dortigen Verwischung und Vermischung des Gedenkens an Gewaltopfer unterschiedlicher Zeiten entgegenzuwirken. Kontakt: Ludwig Baumann, Rolf Surmann, Günter Knebel. (vgl. Thema > 23. August als Gedenktag<)

Anklam: Gisela Vormann berichtet kurz über einen gemeinsamen Besuch mit Ludwig Baumann, der im April auf Einladung des dortigen Friedenszentrums durchgeführt wurde. Die Medienresonanz auf das umfangreiche Veranstaltungsprogramm im Umfeld des früheren Wehrmachtgefängnisses war recht positiv. Die Wahrnehmung der von Prof. Dr. Tanneberger dort inspirierten Friedensarbeit, insbesondere die Friedensschule, wird als gut – und im Blick auf die politischen Gegebenheiten dieser Region mit sehr hohem Wähleranteil der NPD (teilweise über 20 %) – als äußerst verdienstvoll bewertet. Kontakt: Gisela Vormann.

Top 4: Thema „Wehrmachtjustiz und militärischer Strafvollzug“ – Impuls Dr. Surmann

R. Surmann hat bereits seit längerer Zeit, jüngst auch im Zuge der Diskussion um das Gesetz für einen Bundeswehr-Gerichtsstand in Kempten, festgestellt, dass der historische Zusammenhang von Wehrmachtjustiz und militärischem Strafvollzug weithin unbekannt sei. Bereits bei der Beratung über die Entschädigung von Haftzeiten, die während des Verfahrens zur Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz Ende der 90er Jahre stattfand, trat teilweise Unkenntnis über die Bewertung von Haftstätten für Verurteilte zutage. Um dieses - bis heute bestehende - spezielle Dunkel im dunkelsten Kapitel deutscher Justizgeschichte einmal – ggf. schlaglichtartig – zu erhellen, schlägt er die Durchführung einer wissenschaftlichen Tagung zu diesem Thema vor, die den vorhandenen Kenntnisstand zusammenfasst, systematisiert und Fragestellungen für die weitere Forschung erarbeitet. Die Mitgliederversammlung nimmt diesen Gedanken mit Beifall auf. Es wird angeregt, dazu die Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Esterwegen und - soweit möglich - auch der Universität Oldenburg zu suchen. Außerdem weist Dr. Garbe auf den Arbeitskreis von Historikern und Juristen zum Thema >Wehrmachtjustiz< hin, der ggf. in die Planung einer solchen Tagung mit einbezogen werden sollte. R. Surmann erklärt sich bereit, ein „Strukturpapier“ zu entwerfen und

entsprechende Kontakte zu suchen, damit ggf. durch die Bundesvereinigung Fördermittel für ein solches Projekt eingeworben werden können. Eine Durchführung in absehbarer Zukunft, möglichst noch im Jahr 2013, wäre wünschenswert.

Top 5: Information über Veränderung im Vorsitz des wissenschaftlichen Beirats

Während der Mitgliederversammlung 2011 hatte Prof. Dr. Manfred Messerschmidt den Wunsch geäußert, 2012 seinen Vorsitz im wissenschaftlichen Beirat niederlegen zu wollen und gern an ein jüngeres Beiratsmitglied abzugeben. Nach Beratung im Vorstand und Kommunikation mit allen Mitgliedern des Beirats soll und kann diesem Wunsch nun wie folgt entsprochen werden. Mit sehr herzlichem Dank für sein jahrzehntelanges Engagement, das bereits lange vor der Gründung der Bundesvereinigung im Oktober 1990 begann, zu deren Entstehung und späteren Erfolgen maßgeblich beigetragen hat, entspricht die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung 2012 dem geäußerten Wunsch Dr. Manfred Messerschmidts. Die Mitgliederversammlung nimmt zugleich mit Freude die Information zur Kenntnis, dass sein Ausscheiden aus dem aktiven Beiratsvorsitz seine Bereitschaft nicht ausschließt, der Arbeit der Bundesvereinigung aus „passiver“ Distanz im Amt eines Ehrenvorsitzenden verbunden bleiben zu wollen. Nach dieser Information beruft die Versammlung - per Akklamation - Professor Dr. Manfred Messerschmidt einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats. Seine Zusage, dieses Ehrenamt anzunehmen, findet den Beifall der Versammlung.

Auf Anfrage des Vorsitzenden und nach interner Abstimmung aller Beiratsmitglieder hat sich Prof. Dr. Wolfram Wette zur Übernahme des Vorsitizes bereit erklärt. Auch er gehört dem wissenschaftlichen Beirat seit 1990 an. Schon als Militärgeschichtler im MGFA wurde er Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises historische Friedensforschung. Die Fülle auch seiner Verdienste und Beiträge, nicht zuletzt zur Rehabilitierung der Kriegsverräter 2009, ist der Versammlung gegenwärtig. Per Akklamation wird seine Berufung zum Beiratsvorsitzenden einstimmig festgestellt. Seine Zusage, dieses Ehrenamt anzunehmen, findet ebenfalls den Beifall der Versammlung. Ludwig Baumann dankt bei dieser Gelegenheit namens des Vorstands allen Beiratsmitgliedern für ihr großartiges Engagement, dass sie neben vielen anderen wissenschaftlichen Aufgaben über einen so langen Zeitraum für die Bundesvereinigung erbracht haben. Ohne die wissenschaftliche Grundlagenarbeit wären die gesellschaftliche und rechtliche Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz nicht vorstellbar. Der Anregung von Beiratsmitgliedern, den Beirat eventuell um jüngere Wissenschaftler/innen zu erweitern, soll baldmöglichst nachgegangen werden.

Top 6: Auskunft zur Situation des Vereins und Kassenbericht

Günter Knebel informiert zur Zahl der Mitglieder des Vereins, die aktuell 32 inklusive der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats beträgt. Die finanzielle Lage der Bundesvereinigung bereitet nach wie vor Sorge. Das strukturelle Defizit von mehreren tausend Euro/Jahr konnte bisher zwar nicht beseitigt, aber durch Einwerbung von Projektmitteln und einige private Spenden (insbesondere von MdBs der Bundestagsfraktion Die Linke) und Vereinsmitgliedern konnte die finanzielle Not so gelindert werden, dass die Weiterarbeit gewährleistet ist. Den im Vorjahr angeregten Möglichkeiten, aus Bundesmitteln zur Förderung von NS-Opferverbänden Zuschüsse zu erhalten, wurde zwar nachgegangen, sie blieben aber ergebnislos. Demgegenüber höchst erfreulich ist die Resonanz auf den Internet-Auftritt der Bundesvereinigung. Er ist seit Mitte November 2011 unter der Web-Adresse www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de aufrufbar. Das Ziel, die Kommunikation nach außen zu verstärken sowie Vermittlungs- und Vernetzungszwecken zu dienen, hat er in dieser kurzen Zeitspanne bereits oft erfüllt: Auf Nachfrage in der Versammlung hier einige Zahlen zur Statistik, die allerdings erst seit Mitte März 2012 geführt wird. Vom 12.03. bis zum 31.12.2012 (= ca. 10,5 Monate) fanden 69.383 Zugriffe statt, bei denen 6,25 Gigabytes „heruntergeladen“ wurden (= Monatsdurchschnitt 371 Downloads). Die Zahl der heruntergeladenen „Seiten“ ist 35.420, die Zahl der „Besuche“ (durchschnittliche Dauer 418 Sekunden) betrug 3.518 (= rd. 12 pro Tag mit steigender Tendenz), die von insgesamt 2.545 unterschiedlichen „Rechnern“ aus erfolgten. Die Entwicklung der Zahlen ist sicher steigerungsfähig, aber nach sachverständiger

Auskunft für eine kleine, ehrenamtlich betreute Seite „ganz passabel“. Für den Web-Redakteur zugleich Ansporn, das Info-Angebot weiter zu pflegen.

Top 7: Entlastung des Vorstands

Die Berichte über die Schwerpunkte der Vereinstätigkeit, zur Situation des Vereins und zum Kassenbericht werden mit Dank und Zustimmung zur Kenntnis genommen. Aus der Mitte der Versammlung wird die Entlastung des Vereinsvorstands beantragt. Per Akklamation wird die Entlastung erteilt.

Top 8: Neuwahl des Vorstands

Zum Wahlleiter wird Dr. Rolf Surmann gewählt. Nach § 11 der Satzung setzt sich der Vorstand aus fünf Mitgliedern zusammen: Der/dem Vorsitzender/m, Stellvertreter/in, Schriftführer/in sowie zwei weiteren Mitgliedern. Für diese Ämter haben jeweils ein/e Kandidat/in die Bereitschaft zur Wahl erklärt. Per Akklamation werden einzeln gewählt:

	(J/E/N)
Als Vorsitzender: Ludwig Baumann (Bremen)	(7/1/0)
als stellvertretende Vorsitzende: Gisela Vormann (Bremen)	(7/1/0)
als Schriftführer: Günter Knebel (Bremen)	(7/1/0)

In einem Wahlgang gemeinsam werden ebenfalls per Akklamation gewählt als Beisitzer/in: Irmgard Sinner (Lübeck) und Friedrich Lueße, Bremen:	(6/2/0)
--	---------

Auf Befragen nehmen alle Gewählten das Amt an. Der Wahlleiter wünscht dem neuen Vorstand eine produktive Amtszeit und gibt die Versammlungsleitung wieder ab.

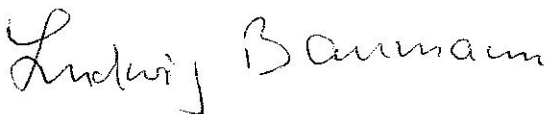
Top 9: Verschiedenes

G. Knebel informiert über eine wissenschaftliche Arbeit, die an der Universität Göttingen von Marco Dräger zum Arbeitstitel „*Geschichtsbewusstsein und Geschichtskultur von Generationen am Beispiel der Etablierung von Deserteur-Denkmalern*“ erstellt wird und zu einer Doktorarbeit führen soll. Der Autor lässt die Versammlung grüßen, er hat weitere Informationen zum Thema in Aussicht gestellt, die für die Bundesvereinigung von Interesse sind.

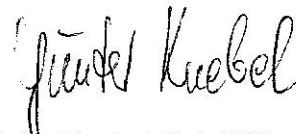
Die nächste Mitgliederversammlung soll Ende 2013 stattfinden. Eine Einladung wird rechtzeitig mindestens sechs Wochen vor dem Termin erfolgen.

Der Moderator dankt für die rege Gesprächsteilnahme, Ludwig Baumann schließt die Versammlung und wünscht den Abreisenden einen guten Heimweg.

Bremen, 9. Januar 2013



Ludwig Baumann, Vorsitzender



Günter Knebel, Schriftführer;
Protokoll

Anlagen: - Teilnahmeliste
- ausgewählte Medienberichte